



BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG RECHTSRADIKALE PARTEIEN DER 1990ER JAHRE

■ ANALYSE		
Schrumpfende Ukraine:		
Bevölkerungsentwicklung und Dilemmata der Politik		2
Von Vlad Mykhnenko, Birmingham / Myroslava Soldak und		
Larysa Kuzmenko, Donezk / Annegret Haase, Leipzig		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Bevölkerungsentwicklung		8
<hr/>		
■ ANALYSE		
Die Entstehung des ukrainophonen parteiförmigen Rechtsextremismus		
in der Ukraine der 1990er		15
Von Anton Shekhovtsov, Northampton / Andreas Umland, Kiew		
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 23. Mai bis 11. Juni 2012		20

*Die nächste Nummer der Ukraine-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, dem 11. September 2012.
Die Redaktion wünscht ihren Lesern eine erholsame Sommerzeit.*



Schrumpfende Ukraine: Bevölkerungsentwicklung und Dilemmata der Politik

Von Vlad Mykhnenko, Birmingham / Myroslava Soldak und Larysa Kuzmenko, Donezk / Annegret Haase, Leipzig

Zusammenfassung

Die Ukraine befindet sich seit Beginn der 1990er Jahre in einem kontinuierlichen Schrumpfungsprozess. Mittlerweile wird der Bevölkerungsverlust im städtischen sowie im ländlichen Raum als ein Problem für die nationale Sicherheit des Landes eingestuft. Von der Politik wurde Schrumpfung angesichts der Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren erst spät auf die Agenda gesetzt. Bislang dominieren historische Narrative und leere Schuldzuweisungen die öffentlichen Debatten über die Ursachen der Bevölkerungskrise. Eine umfassende Strategie als Antwort auf das komplexe Problem, die auch interregionale Unterschiede ernst nimmt, wurde bislang nicht entwickelt.

Eine Nation schrumpft

Das Thema Bevölkerungsschrumpfung und seine Auswirkungen auf Städte und Dörfer sowie die Wirtschaft ist zu einem Trendthema in Europa und weltweit geworden. Die Ukraine ist ein Beispiel für ein schnell schrumpfendes Land, in dem die Politik nur schleppend auf die demographischen Entwicklungen reagiert und mit chaotischen und emotional aufgeladenen nationalen Verlautbarungen über die ethnische und kulturelle »Vernichtung« der Nation antwortet. Die Bevölkerungszahl der Ukraine ist in den letzten zwanzig Jahren wahrhaft eingebrochen, mit einem Verlust von fast sieben Millionen Einwohnern seit dem Erreichen der Unabhängigkeit im Jahre 1991. Die demographischen Perspektiven der Ukraine für die nächsten vier bis neun Jahrzehnte sind als geradezu trostlos zu bezeichnen, wenn man sich unterschiedliche aktuelle Vorausberechnungen anschaut. Der »mittleren Schätzung« durch Bevölkerungsexperten der Vereinten Nationen zufolge wird die Bevölkerung der Ukraine von etwa 52 Millionen in den Jahren 1991–92 auf 36 Millionen im Jahre 2050 und danach weiter auf etwa 30 Millionen am Ende des 21. Jahrhunderts sinken. Im Ergebnis wird die Ukraine um 2100 etwa wieder so viele Bewohner haben wie zwei Jahrhunderte zuvor – um 1900 (Grafik 1).

Im Verlauf der dramatischen postsozialistischen Transformation in der Ukraine in den 1990er Jahren erreichte das Land einen Tiefpunkt seiner Entwicklung und Tiefstwerte in Bezug auf Entwicklungsindikatoren wie den Human Development Index (HDI). Während der letzten zwanzig Jahre ist die Sterberate der Ukraine mit 15,43 Sterbefällen pro 1.000 Personen noch hinter die Werte von kriegsgebeutelten Staaten des subsaharischen Afrika (15,03) zurückgefallen. Gleichzeitig erreichte die Geburtenrate in der Ukraine einen weltweit selten gefundenen Tiefstwert (1,35 Kinder pro Frau) (Quelle s. Grafik 1). Darüber hinaus war die Ukraine während der letzten beiden Dekaden das am schnellsten schrumpfende Land

weltweit, gemessen an der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, noch vor Bulgarien, Lettland, Russland, Ungarn, Belarus, Estland, Litauen, Deutschland und Rumänien, in der Mehrheit also ebenso postsozialistische Länder, die die Liste der Staaten mit dem höchsten natürlichen Schwund an Bevölkerung anführen.

Schrumpfung ist zweifelsohne ein Teil der regional betrachtet ungleichen und komplexen Entwicklung der Ukraine im Postsozialismus geworden. Sie beeinflusst 26 der 27 größeren Gebietseinheiten des Landes (*Oblasti*, im Folgenden Regionen) und alle Typen von Siedlungen vom kleinsten Dorf bis hin zu den größten Agglomerationen. Die Versuche der Politik, dieser demographischen Krise sowie ihrer Auswirkungen auf viele Bereiche der nationalen Entwicklung zu begegnen, bleiben jedoch hinter anderen Prioritäten zurück. Die prekäre Situation der ukrainischen Wirtschaft ist wahrscheinlich die am meisten einleuchtende Erklärung für die offensichtliche Untätigkeit der nationalen Regierung, einen landesweiten Politikansatz gegen die Schrumpfung zu entwickeln und sich für die Erhaltung der sozialen und technischen Infrastrukturen, die Stabilisierung dysfunktionaler lokaler Arbeitsmärkte sowie die Versorgung mit Wohnraum und öffentlichen Dienstleistungen in den am stärksten betroffenen Regionen einzusetzen.

In den 1990er Jahren, als die Ukraine durch die tiefste Wirtschaftskrise aller postsozialistischen Staaten, die nicht durch Kriegshandlungen ausgelöst worden war, ging, kam es zu einem BIP-Rückgang von 60 % innerhalb eines Jahrzehnts (!). Der schiere Umfang dieses wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Deindustrialisierung ließ die Bedeutung aller sozialen Probleme zweitrangig werden – das traf auch auf Fragen der demographischen Schrumpfung zu. Im Jahre 2010 hatte die Wirtschaft der Ukrainer erst 66 % ihres Vortransformations-Niveaus erreicht. Der Bevölkerungsrückgang in dieser Zeit betrug 12 %. Demzufolge überrascht es nicht, dass es die langfristige ökonomische Depression

und die hohe Arbeitslosigkeit in der Ukraine – und nicht die Schrumpfung von Städten und ruralen Regionen – waren, welche den politischen Diskurs sowohl der nationalen Politik sowie der nationalen, mehrheitlich in Kiew beheimateten Medien beherrschten.

Ein Land schrumpfender Städte und ländlicher Wüstungen

Diese Haltung der hauptstädtischen Eliten der Ukraine steht jedoch konträr zu einer immer besser empirisch unteretzten Realität, die einen klaren Zusammenhang zwischen ökonomischem Erfolg und Bevölkerungsdynamik zeigt. Die in den letzten 15 Jahren am schnellsten wachsenden urbanen oder regionalen Wirtschaftszentren der Ukraine waren entweder gekennzeichnet durch eine wachsende Bevölkerung (z. B. Kiew) oder zumindest durch sehr langsame Raten eines Rückgangs (z. B. Sewastopol oder die Regionen Odessa, Charkiw oder Transkarpatien). Die Beziehung zwischen Bevölkerungsdynamik und wirtschaftlichem Entwicklungspotenzial wird ebenso deutlich, wenn man sich anschaut, um welche Orte es sich bei den am schnellsten schrumpfenden handelt: Sie liegen in ländlichen und kleinstädtisch geprägten Regionen mit Siedlungsgrößen bis zu 20.000 Bewohnern. Kleinere Großstädte mit 50.000–200.000 Einwohnern bilden die Gruppe der ukrainischen Siedlungen, die am zweitschnellsten schrumpft. Im Gegensatz dazu zeigten die größten Städte der Ukraine (mit mehr als 200.000 Bewohnern) nur im Ausnahmefall Schrumpfung und waren größtenteils in der Lage, ihre Vortransformations-Bewohnerzahlen zu halten (Tabelle 1).

Generell ist festzustellen, dass der Umfang des Bevölkerungsschwunds in den ländlichen Regionen der Ukraine und in den kleinen Städten von 1989–2011 fast zweimal so groß war wie in den Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern. Alterung, Abwanderung und ein negativer natürlicher Zuwachs, wie ein Sterbeüberschuss im Fachjargon der Demographen heißt, hatten einen nachteiligen Einfluss auf das rurale und periurbane Hinterland der Ukraine, auch schon vor dem Zusammenbruch des Staatssozialismus. Der Niedergang zahlreicher Dörfer und Kleinstädte in der UdSSR nach 1989 ist jedoch mehrheitlich durch die ökonomische Entwicklung im Postsozialismus, die dysfunktionale Massenprivatisierung der staatlichen Betriebe, die Deindustrialisierung sowie die sich daraus ergebenden »strukturellen Anpassungen« zu begründen. Am Vorabend der ukrainischen Unabhängigkeit im Jahr 1991 besaß das Land einen großen Primärsektor und über 25 % der arbeitenden Bevölkerung waren in den Bereichen Bergbau, halbkommerzielle und Subsistenz-Landwirtschaft tätig. 20 % der Bevölkerung waren direkt in der Landwirtschaft beschäftigt, welche große Teile

der westlichen, zentralen und südlichen Ukraine dominierte. Weitere 30 % waren in staatseigenen Betrieben beschäftigt, die sich größtenteils im Osten des Landes befanden. Fast die Hälfte aller Einwohner lebte von der Landwirtschaft, vom Bergbau oder von der Kleinindustrie; einer von drei Ukrainern in einem Dorf bzw. 15 % aller Bewohner in einer Siedlung mit weniger als 20.000 Einwohnern. Der Rückzug des postsowjetischen Staates aus der Produktion in den 1990er Jahren bedeutete auch das Ende der staatlichen Investitionen in die ehemals staatseigenen Betriebe in Industrie und Landwirtschaft. Im Ergebnis beschleunigte sich die rurale Schrumpfung dadurch weiter.

Stadtschrumpfung ist jedoch zu einem ebenso verbreiteten Phänomen geworden. Während im Zeitraum 1979–1989 nur zehn der insgesamt 210 Städte der Ukraine einen Bewohnerverlust hinnehmen mussten, wuchs diese Zahl in den folgenden zwanzig Jahren auf 176 an, also von 5 auf 83 % aller Städte mit 20.000 und mehr Bewohnern (!). 21 von den 25 am schnellsten schrumpfenden Städten der Ukraine befinden sich in den industrialisierten östlichen Landesteilen, die meisten konzentrieren sich im zentralen Donbass-Kohlebecken (Regionen Donezk und Luhansk). Manche dieser Städte verloren bis heute mehr als ein Drittel ihrer Bewohner – die Dramatik der postsowjetischen Deindustrialisierung in diesen Regionen könnte kaum größer sein. Gleichzeitig befanden sich nur zwei der 25 am schnellsten wachsenden Städte der Ukraine im Osten des Landes. Elf dieser Städte waren in den westlichen Landesteilen zu finden und verdanken ihren Zuwachs vor allem Zuwanderern aus den umliegenden ländlichen Regionen. Neun weitere Großstädte sind zur schnell wachsenden Metropolregion um die ebenfalls wachsende Hauptstadt zu zählen. Die drittgrößte Gruppe der wachsenden Städte umfasst neue monostrukturell erfolgreiche Zentren wie etwa Kusnezowsk, Netischyn, Enerhodar und Jushnoukrajinsk, die alle Standorte staatseigener Atomkraftwerke darstellen, sowie Illitschiwsk, den viertgrößten kommerziellen Hafen des Landes, oder Perschotrawensk, eine Stadt am Rande eines neu erschlossenen Kohlefeldes im westlichen Donbass (Tabellen 2 und 3).

Der Einfluss der Schrumpfung auf die größten Städte der Ukraine hat sich bislang also in Grenzen gehalten. Dennoch ist Schrumpfung zum demographischen Mainstream geworden: Von den 32 größten Städten des Landes (mit 200.000 und mehr Einwohnern) weisen 25 (oder 78 %) einen Bevölkerungsrückgang zwischen 1989 und 2011 auf. In den letzten Jahren begannen auch Städte wie Odessa im Süden, Winnyzja in der Zentralukraine oder Tscherniwzi im Westen, Bevölkerung zu verlieren, wenn auch zunächst nur in geringem Maße. Ein kontinuier-

liches Wachstum konnten dagegen Kiew, Bila Zerkwa (Region Kiew), Chmelnyzkyj, Riwne, Iwano-Frankiwsk oder Luzk (also alle Hauptstädte westukrainischer Regionen) aufweisen. Etwa ein Drittel der größten Städte schrumpfte schneller als der nationale Trend – dazu gehörten altindustrielle Zentren der Ostukraine wie Horliwka, Makijiwka, Dnipropetrowsk, Dniprodser-shynsk, Luhansk, Donezk oder Saporishshja (Tabelle 4).

Im Angesicht des demographischen Niedergangs: Politik der Angst

Ungeachtet des Ausmaßes der Schrumpfung in den ländlichen Regionen der Ukraine schaffte es die Politik, das Problem eine Dekade lang »erfolgreich zu ignorieren«. Als eine der größten Herausforderungen für die Ukraine wurde der Bevölkerungsverlust erst in den späten 1990er Jahren durch die linke Opposition auf die Agenda gehoben. Anlässlich der Parlamentswahlen 1998 sowie der Präsidentschaftswahlen 1999 hatten Natalija Witrenko, die Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine und damaliges Mitglied des ukrainischen Parlaments sowie Petro Symonenko, Vorsitzender der Kommunistischen Partei und ebenso Abgeordneter, immer wieder die USA wegen deren neoliberaler Reformen im Bereich der internationalen Finanzpolitik attackiert. Sie sahen die Reformen als einen der Hauptgründe für die wirtschaftliche Misere der Ukraine an. Oftmals wurde in diesem Zusammenhang auch vom »IWF-Genozid« als einem imperialistischen Projekt des Westens gegenüber der Ukraine mit dem Ziel der Zerstörung des ehemaligen Gegners aus dem Kalten Krieg durch die »Verichtung« der ostslawischen Nationen gesprochen. Es dauerte dann nicht einmal bis zu den folgenreichen Präsidentschaftswahlen 2004, bis auch die Konservativen und die nationalen bis nationalistischen Parteien sowie die extreme Rechte die Fragen des Bevölkerungsverlusts, Geburteneinbruchs und der Abwanderung als »Selbstmord der Nation« auf der Tagesordnung hatten.

Im wesentlich weniger emotional geführten Diskurs der Experten wurde das Phänomen Schrumpfung generell als Bevölkerungsrückgang verstanden, also im Fachjargon Depopulation. Demzufolge behandelte die Politik Schrumpfung stets vorrangig als ein demographisches Problem, als eine demographische Krise. Seit dem Ende der 1990er Jahre jedoch erreicht die Diskussion um Schrumpfung schrittweise auch andere Politikbereiche wie etwa Arbeitsmarktpolitik oder Lokal- bzw. Regionalpolitik. Jedoch ist zu konstatieren, dass erst im Jahr 2010, also nach 18 Jahren kontinuierlichem Bevölkerungsschwund, ein breiterer Ansatz entwickelt wurde, auf dessen Basis man sich mit dem Problem auseinandersetzte, wenngleich zunächst nur mit begrenzter öffentlicher Ausstrahlung.

Bis vor kurzem waren die politische und planerische Tätigkeit kaum mit Schrumpfung verbunden. Einerseits war diese durch die Zentralregierung und die Kiewer akademische Elite als landesweites Problem identifiziert worden. Regionale Unterschiede oder lokale Spezifika ihrer Auswirkungen spielten in dieser Sicht auf das Problem eine untergeordnete Rolle. Andererseits wurden Ressourcen seitens des Staates und seiner verschiedenen Organe sowie von Experten für Planung, Wirtschaft etc. vor allem in die am schwächsten entwickelten bzw. rückständigsten Gebiete des Landes gesteckt, die offiziell als »Depressionsregionen« bzw. »prioritäre Entwicklungsgebiete« bezeichnet werden.

Schrumpfung kommt unter Kutschma auf die Agenda

Chronologisch betrachtet wurde Schrumpfung zum ersten Mal offiziell am Ende der ersten Amtsperiode von Präsident Leonid Kutschma problematisiert. Im Oktober 1997 erklärte Kutschma in einem speziellen Erlass die Sicherung der demographischen Reproduktion zu einem seiner acht strategischen Ziele in der Sozialpolitik. Der Erlass erkannte den kontinuierlichen Bevölkerungsverlust in der Ukraine in den letzten Jahren als Tatsache an und schlug eine Reihe von Gegenmaßnahmen vor, etwa die Erhöhung der Geburtenzahlen und der Lebenserwartung, die Senkung der Sterberaten sowie einige familienpolitische Maßnahmen. Im Vorfeld seiner angestrebten Wiederwahl 1999 sah er sich dem Vorwurf seitens der linken politischen Opposition (u. a. durch die oben erwähnten Petro Symonenko, und Natalija Witrenko sowie durch Oleksandr Moros von der Sozialistischen Partei und Oleksandr Tkatschenko von der Bauernpartei) ausgesetzt, mit seiner Politik selbst zum »IWF-Genozid« am eigenen Volk beigetragen zu haben. In einem neuen Präsidenten-Erlass vom August 1999 betonte Kutschma die negativen Auswirkungen der demographischen Entwicklung der 1960er bis 1990er Jahre einschließlich des langfristigen Geburtenrückgangs, der Zunahme der Sterbeüberschüsse, der zurückgehenden Lebenserwartung und der generellen Alterung für die ukrainische Bevölkerung und den ukrainischen Staat. Um die »natürliche Basis des Arbeitskräftepotenzials der Ukraine« zu erhöhen, wurden staatliche Maßnahmen zur Familienförderung und Kinderfreundlichkeit erarbeitet. Ziel war es, die Reproduktionszahlen bis über die Bestandershaltungsquote zu bringen. Dafür sollten Wohnbedingungen, Gesundheitswesen, soziale Absicherung und Arbeitsmöglichkeiten verbessert werden. Dieser ukrainischen Strategie wurde eine regionale Politikkomponente beigefügt, um eine möglichst gleiche Entwicklung in allen Landesteilen zu erreichen. Darüber hinaus, und vor allem, um sich gegenüber Petro Symonenko durchzu-

setzen, dem Führer der ukrainischen Kommunisten aus Donezk und Kutschmas Haupttrivalen im Wahlkampf 1999, unterzeichnete der Präsident eine Verfügung des Parlaments, in der er die gesamte Region Donezk einschließlich aller ihrer Kohlefelder und Stahlstandorte zu einer Sonderwirtschaftszone erklärte.

Stalin, die Nazis und die Globalisierung: Leere Schuldzuweisungen

Nach seiner Wiederwahl kehrte Kutschma zum Thema der »tiefen demographischen Krise« des Landes zurück. Obgleich er seine Politik vor allem auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der »Depressionsregionen« abstimmte, blieb das Bemühen um eine Absenkung der Sterberaten ein Kernpunkt seiner zweiten Amtszeit. Das schloss auch familienpolitische Maßnahmen, Initiativen für die junge Bevölkerung, für Frauen und Kinder ein und sollte für neue Zuwanderung in die von Schrumpfung betroffenen Regionen sorgen. Entsprechend wurde durch die Regierung ein kurzfristiges Programm zur »Gesundheit der Nation« aufgelegt, welches zum ersten Mal die demographische Krise des Landes explizit adressierte. In seinem vorletzten jährlichen präsidentialen Erlass der zweiten Amtszeit im Jahre 2003 drückte Kutschma wieder seine »ernste Sorge über die demographische Situation« aus, dieses Mal bemühte er das große historische Narrativ, um die Unfähigkeit seiner Regierung, die Krise der Schrumpfung in den Griff zu bekommen, zu rechtfertigen. Insbesondere die jüngsten demographischen Herausforderungen der Geburtenstiefs und Alterung wurden als Folge der sozialen Katastrophen der 1920er bis 1950er Jahre, der beiden Weltkriege, der drei Holodomors (der menschverschuldeten Hungersnöte) von 1921, 1932–33 und 1947, der aufgezwungenen Industrialisierung, Zwangskollektivierung (der Landwirtschaft), der politischen Repressionen der 1930er bis 1950er Jahre und – nicht zuletzt – der Katastrophe von Tschernobyl, gefolgt von der Systemkrise der 1990er Jahre bezeichnet. Es wurde behauptet, dass die erwähnten historischen Ereignisse etwa 16 Millionen ungeborene Kinder zur Folge gehabt und damit »die demographische Struktur der Nation« deformiert hätten. Gemeinsam mit der seit den 1960er Jahren kontinuierlich sinkenden Geburtenrate wurde also die »tragische Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert« mit hoher Wahrscheinlichkeit für den massiven Bevölkerungsrückgang bis zumindest 2026 wurde als »unvermeidlich« bezeichnet, da das Land bis zu diesem Zeitpunkt »seine demographischen Wachstumspotenziale faktisch ausgeschöpft habe«, seine Bevölkerung also nicht mehr wachsen werde. Die Bevölkerungspolitik wurde transformiert und richtete sich nunmehr eher auf das Management

der Schrumpfung denn auf ihre Umkehr. Im Zentrum dieser neuen Politik standen die Gesundheitsvorsorge zur Bekämpfung der hohen Sterberate, die Wiedereingliederung von Rentnern in den Arbeitsmarkt sowie Anreize, welche Ukrainer aus dem Ausland zur Rückkehr bewegen sollten. All diese Maßnahmen sollten eher der »qualitativen denn der quantitativen« Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Strukturen dienen.

Anlässlich einer speziellen Sitzung im Mai 2003 erklärte das ukrainische Parlament die »tiefe demographische Krise« des Landes zum »nationalen Sicherheitsrisiko«. Es wurde konstatiert, dass keine der bisherigen Regierungsprogramme bzw. Nationalen Politiken es vermocht hatten, dieser Krise effektiv entgegenzuwirken bzw. einen wirklichen Einfluss auf die Entwicklung gehabt hätten. Bald darauf wurde die Bevölkerungsschrumpfung gesetzmäßig als »nationales Sicherheitsrisiko« verankert durch das Gesetz der Ukraine über die Grundlagen der Nationalen Sicherheit. Damit wurde das Problem zum »Imperativ« für das staatliche Handeln im Sinne der Unterstützung der »erweiterten Reproduktion der Bevölkerung« erhoben. Im Oktober 2004, sieben Jahre nach Kutschmas Erlass über den Bevölkerungsverlust von 1997, verabschiedete die Regierung eine nationale Politik zum Umgang mit der landesweiten demographischen Entwicklung. Dieses Mal jedoch, anstelle einer Ursachensuche in Stalins Politik oder dem Krieg mit Nazi-Deutschland, betonte man die Bedeutung weltweiter Trends bei den Geburtenraten sowie der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre, die Verarmung, mangelnde Gesundheitsvorsorge und unzureichende soziale Absicherung als Hauptfaktoren für die eingebrochenen Geburtenzahlen. Das Papier der Regierung wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Wiktor Janukowytch unterschrieben, seinerseits ehemaliger Gouverneur der Region Donezk, der zu dieser Zeit Präsidentschaftswahlkampf betrieb. Damit kann auch der plötzliche »räumliche Fokus« der Bevölkerungsdebatte begründet werden, waren doch die Aussichten für die östlichen Regionen Donezk und Luhansk landesweit am schlechtesten, die Lage dort am dramatischsten. Im Bemühen, diesen negativen Trend anzuhalten, die Geburtenentwicklung anzukurbeln und auch, um interregionale Ungleichheiten der Bevölkerungsentwicklung auszugleichen, plante die Regierung die Einführung einer auf die Zwei-Kind-Familie ausgerichteten Familienpolitik. Schrumpfung wurde also abermals zum Wahlkampfthema.

»... meine Nation wachsen sehen«: Präsident Juschtschenkos Zukunftsversprechen

Wiktor Juschtschenko, der Kandidat der konservativen nationalen Opposition für die Präsidentschaftswahlen 2004, hatte einige Versprechen betreffs der Bevöl-

kerungsschrumpfung in seinem politischen Manifest, unter anderem einmalige Barauszahlungen für jedes erste, zweite und dritte Neugeborene sowie das Versprechen der Schaffung von 15 Millionen neuer Jobs, um die Abwanderung aus der Ukraine aktiv zu bekämpfen. Nachdem er das erstgenannte Wahlversprechen bald nach seiner Wahl am 26.12.2004 in die Realität umgesetzt hatte, bezeichnete er weiterhin das Ziel, »meine Nation wachsen zu sehen«, als prioritär. Im Juni 2006 gab die ukrainische Regierung überraschend bekannt, dass Janukowytschs Demographischer Entwicklungsplan 2005–2015 nicht länger umgesetzt werde, sondern stattdessen eine neu entwickelte »Demographische Entwicklungsstrategie 2015«. In einer geradezu dramatischen Wende weg von der bisherigen Regierungspolitik sowie von Präsident Juschtschenkos verbalen Verlautbarungen zum Wachstum der Nation legte die neue Strategie den Schwerpunkt explizit auf die aktive Umkehr der Bevölkerungsschrumpfung und der demographischen Krise mit der Maßgabe, die bisherigen Trends anzuhalten. Die neue liberale Regierung unter Ministerpräsident Jurij Jechanurow schlug indes vor, den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der (verbleibenden) Bevölkerung zu legen sowie auf die Erhaltung des existierenden Arbeitskräftepotenzials. Die Strategie »2015« hatte auch den räumlichen Bezug ihrer Vorgänger wieder aus den Augen verloren. Alle Passagen betreffs der interregionalen Disparitäten wurden bis auf eine kurze (und inhaltlich nicht zutreffende) Erwähnung von Kiew als einzig attraktivem Ziel für neue Zuwanderung in die Ukraine gestrichen. In einem expliziten Versuch, den Staatschef versöhnlich zu stimmen, wurde später sogar ein Regierungsprogramm zur Verbesserung der »reproduktiven Gesundheit der Nation« verabschiedet.

Gleichzeitig wurde im Rahmen einer separaten Maßnahme in einem 2005 neu eingeführten Gesetz zur Stimulierung der regionalen Entwicklung eine offizielle Definition der »Depressionsregionen« auf regionaler und ökonomischer Basis sowie in Relation zu den größeren Städten festgelegt. »Depression« wurde definiert mit Bezug zur relativen Produktionsleistung des betreffenden Gebiets sowie zu seinen Löhnen und zur Höhe der Arbeitslosigkeit. Nur bei ländlichen Regionen wurden auch demographische Charakteristika wie Bevölkerungsdichte oder natürliche Bevölkerungsentwicklung als Kriterien mitberücksichtigt. Die Regionale Entwicklungsstrategie von 2006 betonte die sich fortsetzende »demographische Transition« hin zu kleinen, oftmals sogar kinderlosen Familien oder Ehen als ein Merkmal entwickelter Gesellschaften als die Haupteklärungsvariable für den Bevölkerungsschwund in der Ukraine.

Trotz des eher geringen Interesses von Ministerpräsident Jechanurow am Schrumpfungproblem kehrte Prä-

sident Juschtschenko in seiner Rede an die Nation im Jahre 2008 zum Thema zurück und forderte eine »radikale, wirklich lebensrettende Politik«, um der demographischen Krise Einhalt zu gebieten. Im Laufe seiner erfolglosen Bemühungen um eine Wiederwahl im Jahr 2009 organisierte er ein Dringlichkeitstreffen des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, um die »demographische Krise« sowie den »sich immer weiter beschleunigenden Bevölkerungsschwund« zu diskutieren. Dies wollte er für seinen Wahlkampf nutzen. Noch wenige Monate zuvor hatte er seine eigenen Erfolge beim »Anhalten der kritischen demographischen Prozesse« sowie der »Massenabwanderung ins Ausland« betont. In einem sehr emotionalen Appell hatte der Staatschef erwähnt, dass im Jahre 2008 84.000 mehr Babys in der Ukraine geboren worden seien als im Jahr 2004. Danach fügte er hinzu: »Und dies, glaube ich, ist erst der Beginn der Wiedergeburt der Nation«.

»50 Millionen Ukrainer bis 2020«: Das Wahlmanifest Janukowytschs

In einer weiteren unerfreulichen Wahlschlacht ging Juschtschenkos späterer Bezwinger Wiktor Janukowytsch sogar noch weiter und erklärte den Anstieg der Bevölkerung der Ukraine auf bis zu 50 Millionen bis 2020 zu seinem Hauptanliegen. Angesichts der Tatsache, dass sich Janukowytschs Geburtsstadt Jenakijewe in der Region Donezk regelmäßig in der Liste der zehn am schnellsten schrumpfenden Städte des Landes befand, war es wenig überraschend, diese Botschaft vom ostukrainischen Präsidentschaftskandidaten zu hören (Tabelle 1). Das Ziel seiner präsidentialen Politik überstieg jedoch das positivste UN-Szenario der Bevölkerungsentwicklung bis 2020 um ganze 6 Millionen Menschen (Grafik 1).

Vier Wochen vor dem entscheidenden Wahlfinish im Februar 2010 unterzeichnete Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, Janukowytschs Haupttrivalin im Kampf um die Präsidentschaft, einen Gesetzentwurf über die »erfolgversprechenden Entwicklungsterritorien«. Der Entwurf problematisierte die stetig wachsenden interregionalen Disparitäten in der Ukraine und das schnelle Wachstum der acht bis zehn größten, wettbewerbsstärksten Städte, darunter Kiew und Donezk, auf Kosten der monofunktionalen Städte und der kleineren Städte unter 50.000 Einwohner, welche offiziell als Depressionsregionen anerkannt worden waren, sowie der ruralen Grenzgebiete mit hohen Arbeitslosenzahlen. Im ersten Jahr der Präsidentschaft Janukowytschs beschäftigten die nationalen, regionalen und demographischen Politikleitlinien sowohl die Regierung als auch verschiedene Körperschaften öffentlichen Rechts. 2010 wurden einige Programme in den Bereichen Sozialpoli-

tik, Familien- und Seniorenpolitik, Arbeitsmarktpolitik sowie Bildung und Forschung bzw. Wirtschaftsförderung angeschoben. Zur selben Zeit fand, dem Gesetzentwurf zur Regionalpolitik von 2010 folgend, der komplexe Zusammenhang zwischen lokaler und regionaler ökonomischer Entwicklung, insbesondere mit Bezug zu demographischen Veränderungen, Arbeitsmarktentwicklung, öffentlichen Finanzen sowie Infrastruktur mehr und mehr Anerkennung. Der ökonomische und soziale Entwicklungsplan des Landes aus dem Jahr 2010 stellte eine »schleichende Tendenz« hin zu einer Konzentration von finanzieller und innovativer Macht sowie einer Anziehung von Arbeitskräften (»das ökonomische Leben des Landes«) durch die größten und erfolgreichsten Städte des Landes fest und – im Gegenzug – eine zunehmende Peripherisierung ärmerer, ländlicher und grenznaher Regionen, was zu einer »Ruiniierung der lokalen Infrastruktur, zu hoher Arbeitslosigkeit und weiterer Abwanderung, insbesondere der jüngeren Bevölkerungsgruppen sowie Spannungen in den betroffenen sozialen Gemeinschaften«, führen würde. Heute ist es viel zu früh zu sagen, ob der oben erwähnte Ansatz wirklich den Beginn einer integrativeren, räumlich bewuss-

ten und der Komplexität des Problems der Schrumpfung Rechnung tragenden Politik in der Ukraine darstellt. Nach wie vor weisen alle Entwicklungen der ukrainischen Regional- und Bevölkerungspolitik auf eine (weitere) schleichende bürokratische Stagnation auf allen Ebenen der Verwaltung bis in die höchsten Ämter der Exekutive hin. Am 24. Mai 2012, anlässlich des jüngsten Treffens des regionalen Rates der Ukraine, eines neu geschaffenen konsultativen Gremiums unter der Leitung von Präsident Janukowytsch, wurde die regionale und demographische Herausforderung nicht erwähnt. Es wurde lediglich auf das neu geschaffene, jedoch extrem unterfinanzierte Regierungsprogramm »Neues Leben« hingewiesen, welches die Einrichtung neuer Geburtskliniken in den Hauptstädten der Regionen vorsieht. Die Tatsache, dass Janukowytsch auf dem Treffen in erster Linie seine neuen »Sozialgeschenke« im Wert von 2 Milliarden Euro lobte, anstatt über dringliche Probleme der strategischen Entwicklung zu diskutieren, ist ein eher ernüchternder Zwischenstand für die vielen schrumpfenden Städte und Regionen in der Ukraine. Vielleicht, so ein schwacher Trost, kehrt die Aufmerksamkeit für die Schrumpfung ja im nächsten Wahlkampf zurück.

Über die Autoren:

Dr. Vlad Mykhnenko arbeitet am Institut für Geographie und Umweltwissenschaften der Universität Birmingham, Großbritannien, mit den Forschungs- und Lehrschwerpunkten Humangeographie, urbane Studien und Resilienz. Seine Forschungsinteressen sind vor allem urbane und Regionalentwicklung, die politische Ökonomie öffentlicher Finanzsysteme sowie die postsozialistische Transformation. Er ist Autor von »The Political Economy of Post-Communism: The Donbas and Upper Silesia in Transition«, Saarbrücken: Lambert Academic Publishing, 2011.

Myroslava Soldak und Prof. Larysa Kuzmenko arbeiten am Institut für Industrieökonomie in Donezk, Ukraine, zu schrumpfenden und monostrukturellen Städten in der Ukraine.

Dr. Annegret Haase arbeitet am Helmholtzzentrum für Umweltforschung in Leipzig, Deutschland, im Department Stadt- und Umweltsoziologie. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die vergleichende Stadtentwicklung mit Schwerpunkt Europa, demographische und soziale Prozesse in Städten, urbane Governance und Schrumpfung, postsozialistische Transformation, insbesondere in Polen und Ostmitteleuropa.

Forschungshintergrund des vorliegenden Textes:

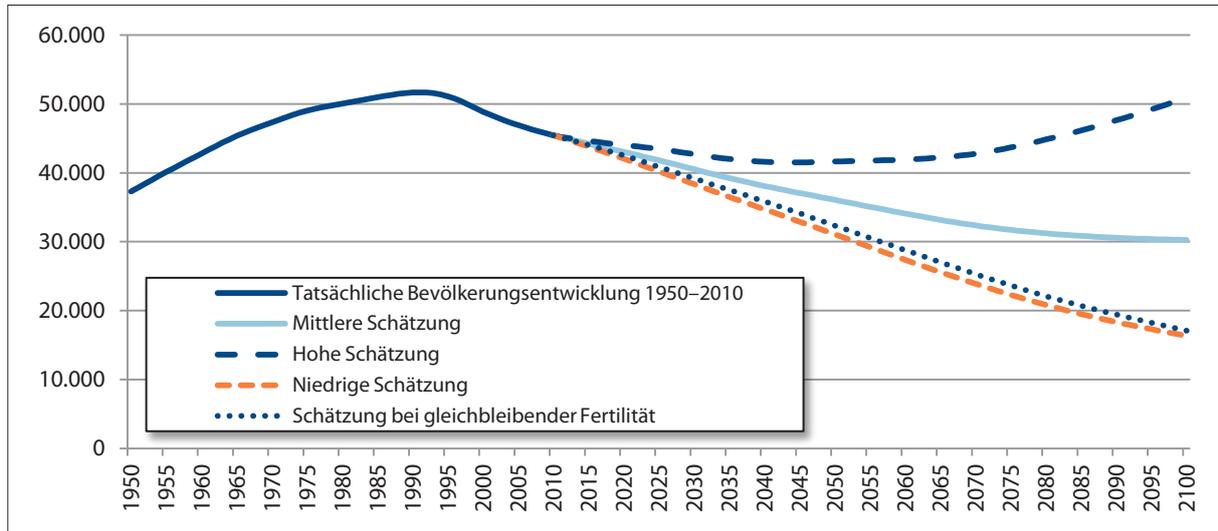
Der Beitrag basiert auf den Ergebnissen eines EU-Projekts im 7. Forschungsrahmenprogramm mit dem Titel *Shrink Smart – The Governance of Shrinkage within a European Context* (2009–2012; www.shrinksmart.eu).

Lesetipps:

- Mykhnenko, V. / Turok, I.: East European Cities – Patterns of Growth and Decline, 1960–2005, in: International Planning Studies, 2008 (Jg. 13), Nr. 4 (November), S. 311–342.
- Mykhnenko, V. / Swain, A.: Ukraine's Diverging Space-Economy: The Orange Revolution, Post-soviet Development Models and Regional Trajectories, in: European Urban and Regional Studies, 2010 (Jg. 17), Nr. 2 (April), S. 141–165.
- Haase, A. / Steinführer, A. / Kabisch, S. / Grossmann, K. / Hall, R. (Hrsg.): Residential and demographic change challenge. The inner city of East Central Europe in the 21st century. Farnham, Burlington: Ashgate, 2011.
- Homepage des EU-Projekts Shrink Smart: www.shrinksmart.eu

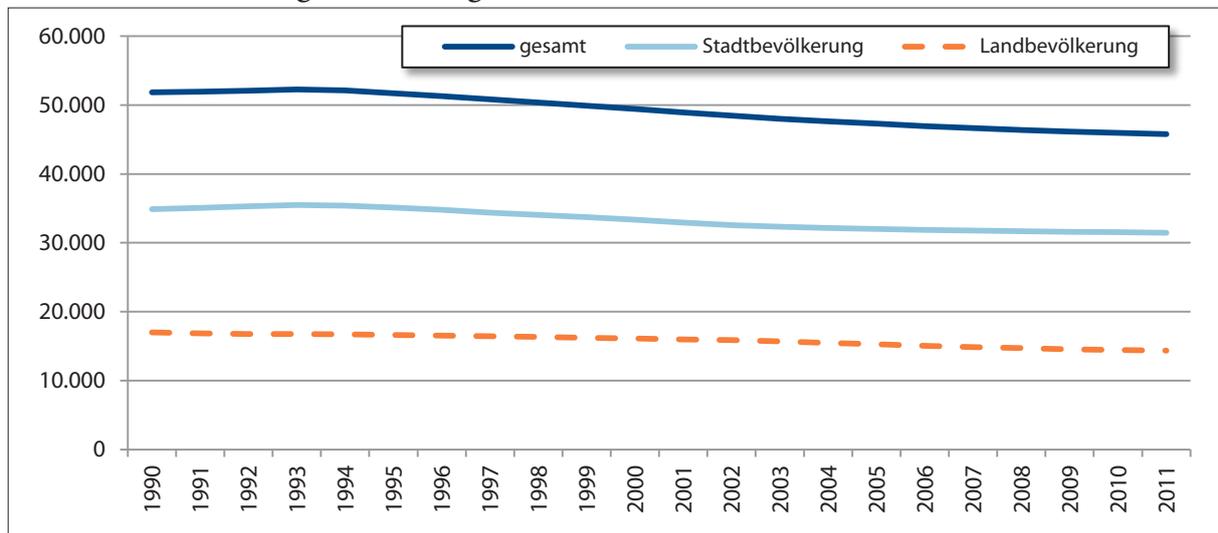
Bevölkerungsentwicklung

Grafik 1: Langfristige Bevölkerungsprognosen für die Ukraine 1950–2100 (in Tausend)



Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis von: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2011). *World Population Prospects: The 2010 Revision, CD-ROM Edition*.

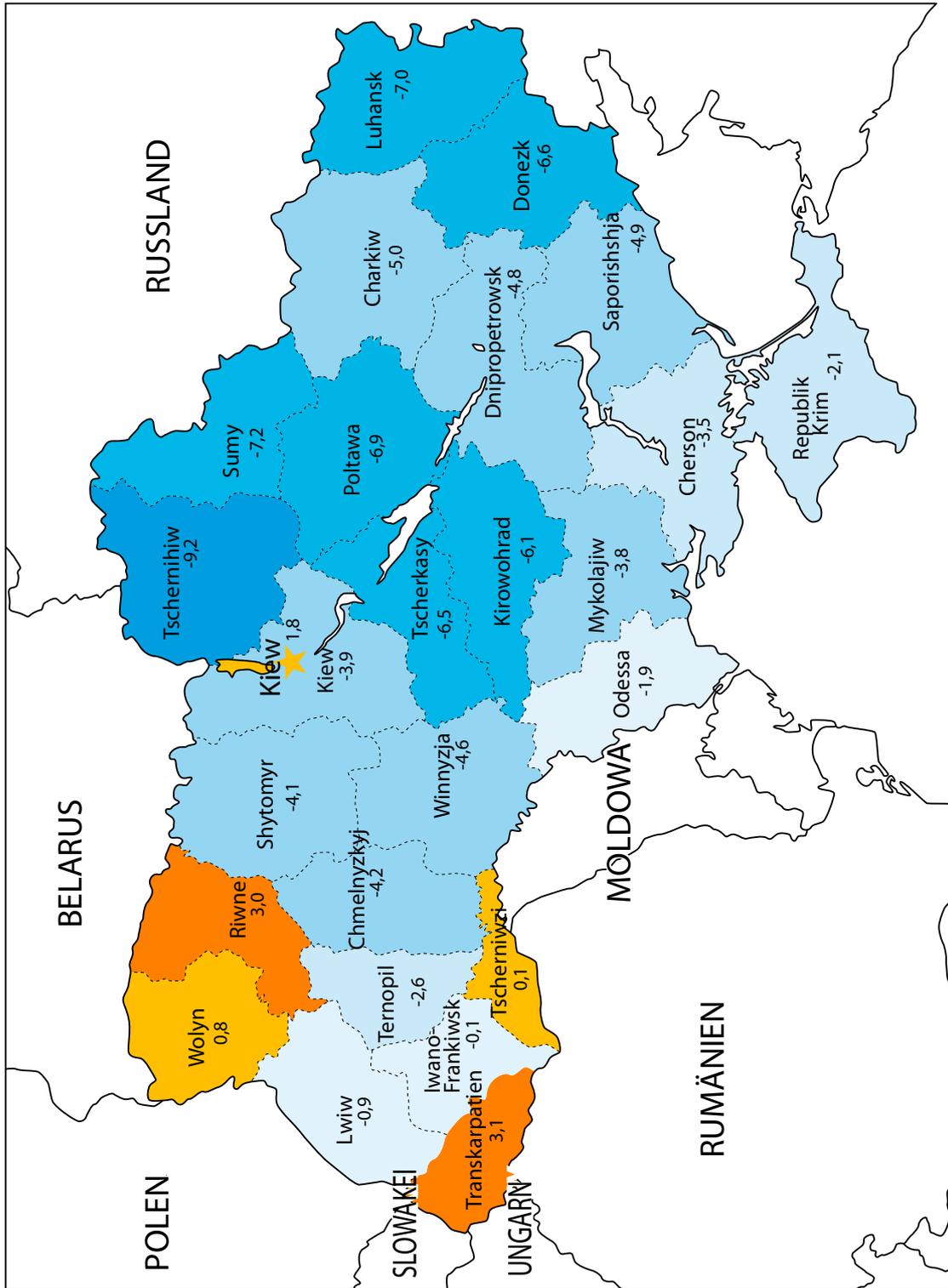
Grafik 2: Bevölkerungsentwicklung in Stadt und Land



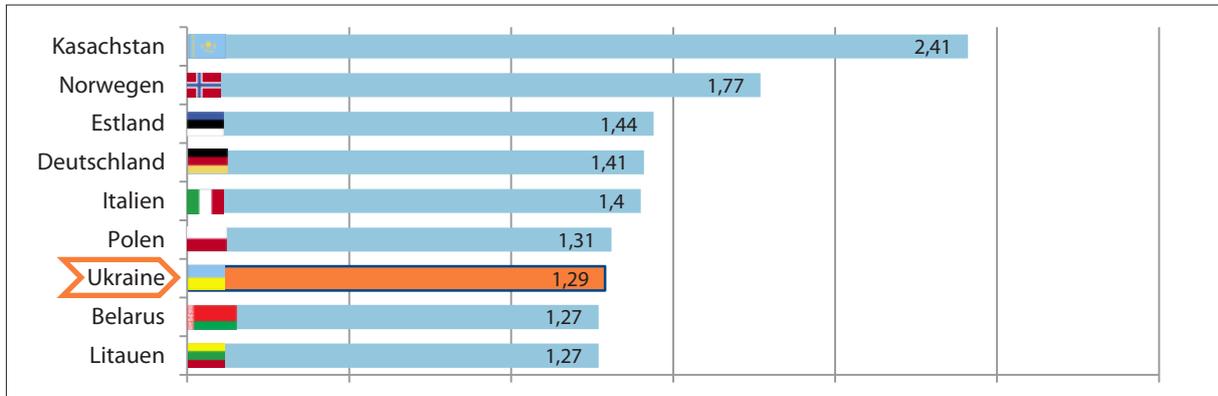
Städte: ab 10.000 Einwohner.

Quelle: Staatliches Komitee der Ukraine für Statistik, ukrstat.gov.ua

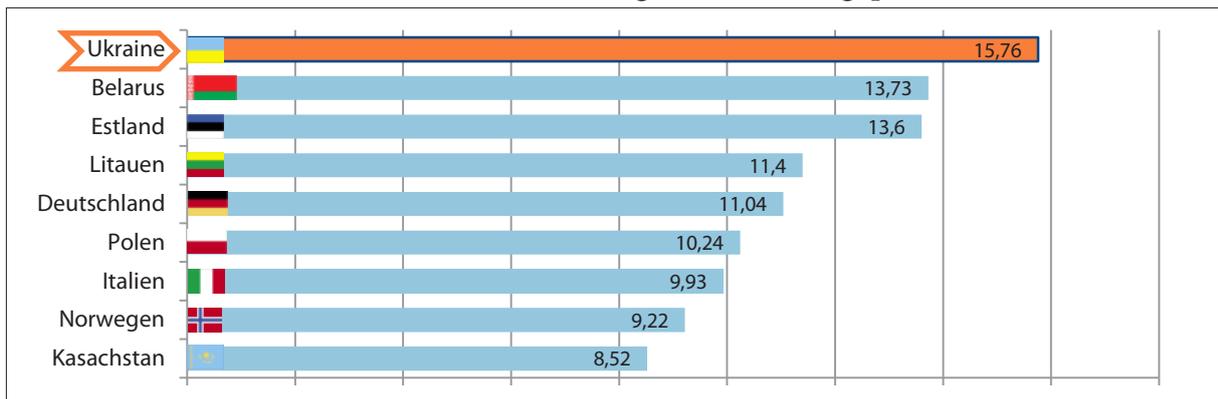
Grafik 3: Bevölkerungsentwicklung nach Regionen, 2011



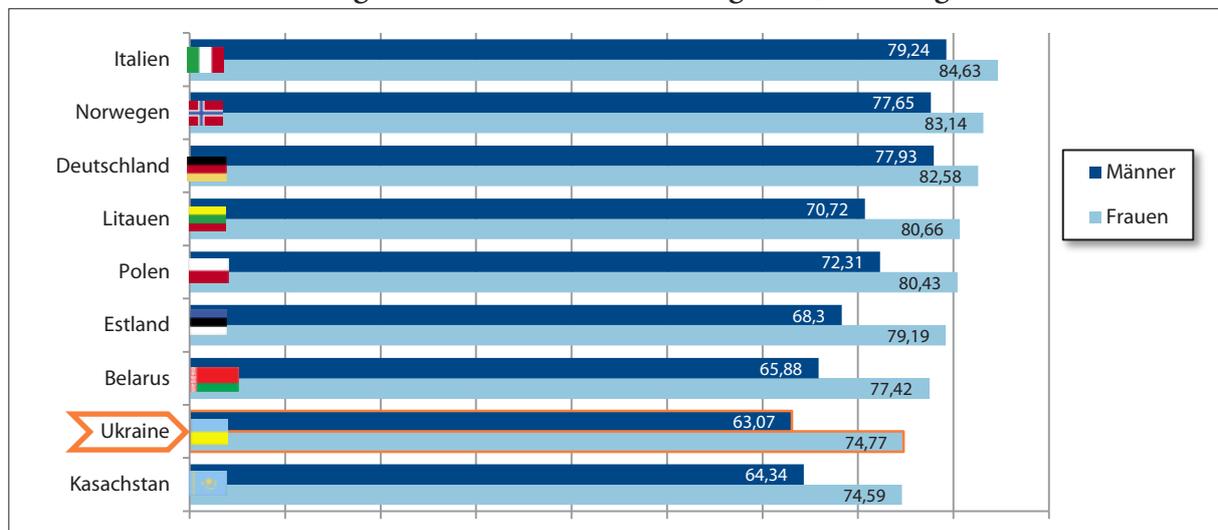
Quelle: Daten: Staatliches Komitee der Ukraine für Statistik, ukstat.gov.ua; Karte: <http://english.freemap.jp/>

Grafik 4: Zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer 2012 im internationalen Vergleich (Schätzung)

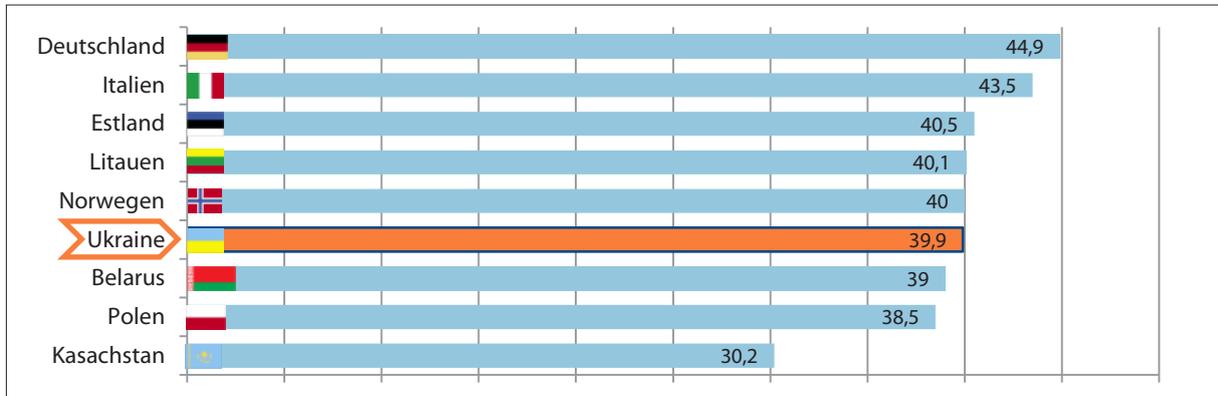
Quelle: CIA World Factbook; <https://www.cia.gov>

Grafik 5: Sterberate 2012 im internationalen Vergleich (Schätzung, pro 1.000 Personen)

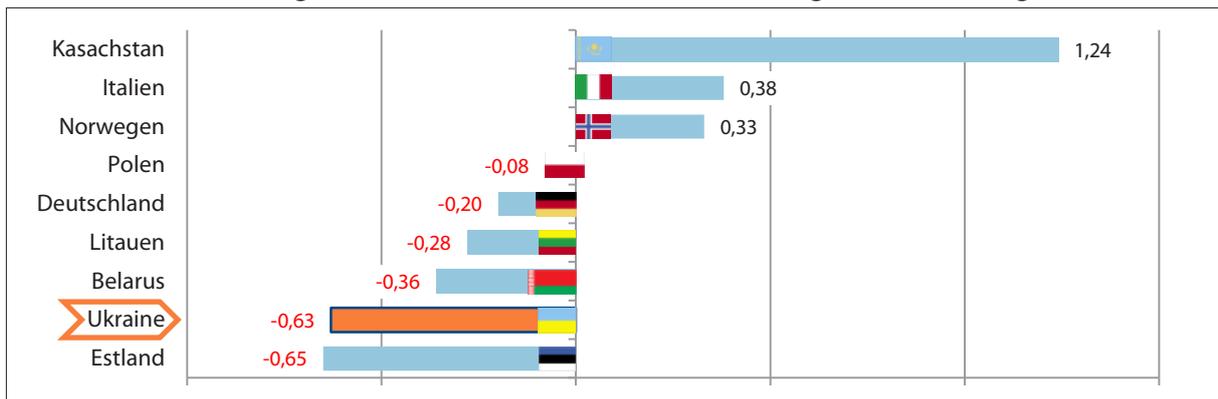
Quelle: CIA World Factbook; <https://www.cia.gov>

Grafik 6: Lebenserwartung 2012 im internationalen Vergleich (Schätzung)

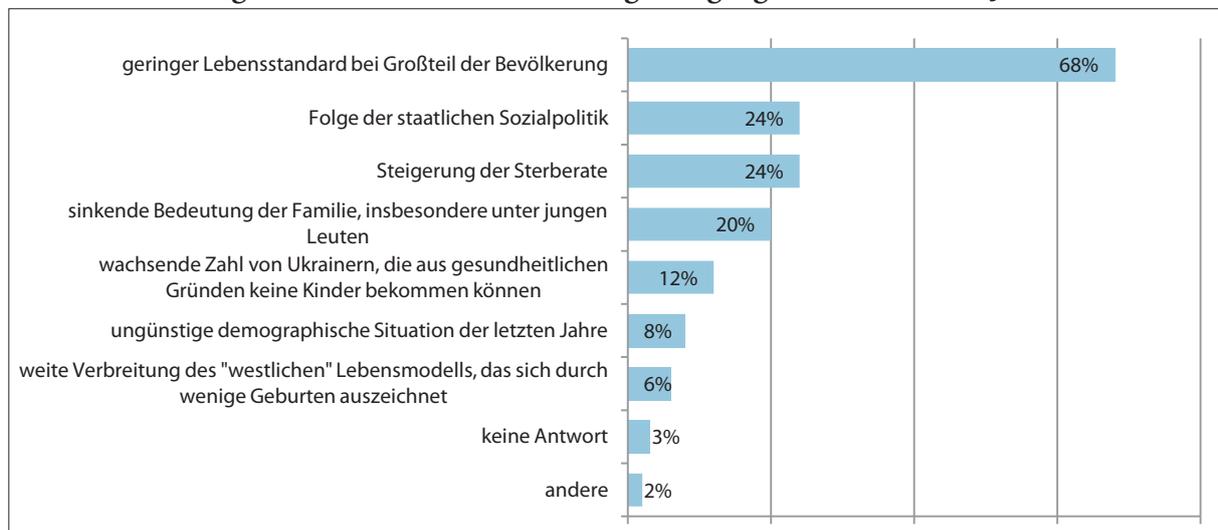
Quelle: CIA World Factbook; <https://www.cia.gov>

Grafik 7: Durchschnittsalter 2012 im internationalen Vergleich (Schätzung)

Quelle: CIA World Factbook; <https://www.cia.gov>

Grafik 8: Bevölkerungswachstum 2012 im internationalen Vergleich (Schätzung)

Quelle: CIA World Factbook; <https://www.cia.gov>

Grafik 9: Umfrage: Gründe für den Bevölkerungsrückgang in den letzten 10 Jahren

Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 22.3. bis 1.4.2012, <http://www.rb.com.ua/rus/projects/omnibus/8479/>

Tabelle 1: Schrumpfende Städte und Dörfer in der Ukraine: Postsozialistische Bevölkerungspfade nach Siedlungsgröße, 1989–2011, generelle sowie jährliche Veränderung in Prozent (gewichtetes Mittel)

Siedlungen nach Bevölkerungszahl	Generelle Veränderung in Prozent	Jährliche Veränderung in Prozent
Unter 20.000	-15,1	-1,27
20.000–49.999	-9,7	-0,81
50.000–99.999	-12,7	-1,07
100.000–199.999	-12,2	-1,03
200.000–499.999	-6,0	-0,51
500.000 und mehr	-6,2	-0,52
Alle Städte mit 20.000 Einwohnern und mehr	-8,1	-0,68
<i>Ukraine</i>	<i>-11,5</i>	<i>-0,96</i>

Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis der Daten des Staatlichen Komitees der Ukraine für Statistik (verschiedene Jahre); Tschyselnist najawnoho naselewnja Ukrainy, Kiew: Staatliches Komitee der Ukraine für technische Regulierung und Verbraucherpolitik.

Tabelle 2: Die 25 am schnellsten schrumpfenden Städte der Ukraine: Gesamtbevölkerung 1989 (Zensus), 2001 (Zensus) und 2011 (Schätzung) sowie die Veränderung zwischen 1989 und 2011 in Prozent

	Stadt	Region	21.01.1989	05.12.2001	01.01.2011	Veränderung 1989–2011 (%)
1	Saky	AR Krim	38.690	29.416	24.323	-37,1
2	Tores	Donezk	88.049	72.346	59.199	-32,8
3	Dshankoj	AR Krim	53.464	43.343	36.860	-31,1
4	Schachtarsk	Donezk	73.854	59.589	51.593	-30,1
5	Stachanow	Luhansk	112.023	90.152	79.010	-29,5
6	Kirowsk	Luhansk	41.334	35.199	29.235	-29,3
7	Jenakijewe	Donezk	120.332	103.997	85.663	-28,8
8	Rowenky	Luhansk	67.989	53.725	48.694	-28,4
9	Dsershynsk	Donezk	50.538	43.371	36.324	-28,1
10	Snishne	Donezk	68.857	58.496	49.564	-28,0
11	Snamianka	Kirowohrad	33.828	29.412	24.703	-27,0
12	Popasna	Luhansk	30.257	25.951	22.211	-26,6
13	Krasnyj Lyman	Donezk	31.192	28.172	22.969	-26,4
14	Kostjantyniwka	Donezk	107.562	95.111	79.211	-26,4
15	Debalzewe	Donezk	35.511	30.246	26.255	-26,1
16	Tokmak	Saporishshja	45.112	36.275	33.420	-25,9
17	Krasnyj Lutsch	Luhansk	113.278	94.875	84.036	-25,8
18	Molodohwardijsk	Luhansk	31.766	25.528	23.580	-25,8
19	Ljubotyn	Charkiw	29.395	24.173	21.866	-25,6
20	Brjanka	Luhansk	64.816	54.767	48.509	-25,2
21	Kreminna	Luhansk	27.686	24.447	20.735	-25,1
22	Starobilsk	Luhansk	25.053	22.371	18.796	-25,0
23	Suchodilsk	Luhansk	28.382	23.642	21.324	-24,9
24	Perwomajsk	Luhansk	51.025	43.082	38.801	-24,0
25	Romny	Sumy	57.051	50.448	43.940	-23,0

Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis der Daten des Staatlichen Komitees der Ukraine für Statistik (verschiedene Jahre); Tschyselnist najawnoho naselewnja Ukrainy, Kiew: Staatliches Komitee der Ukraine für technische Regulierung und Verbraucherpolitik.

Tabelle 3: Die am schnellsten wachsenden Städte der Ukraine: Gesamtbevölkerung 1989 (Zensus), 2001 (Zensus) und 2011 (Schätzung) sowie die Veränderung zwischen 1989 und 2011 in Prozent

	Stadt	Region	21.01.1989	05.12.2001	01.01.2011	Veränderung 1989–2011 (%)
1	Kusnezowsk	Riwne	29.858	38.830	41.190	38,0
2	Netischyn	Chmelnyzkyj	28.906	34.340	36.257	25,4
3	Wyschhorod	Kiew	20.628	22.933	25.694	24,6
4	Wyschnewe	Kiew	30.669	34.465	36.712	19,7
5	Nowojaworiwsk	Lwiw	24.320	26.483	28.807	18,4
6	Browary	Kiew	82.042	86.839	95.979	17,0
7	Enerhodar	Saporishshja	47.100	56.242	54.484	15,7
8	Boryspil	Kiew	50.508	53.975	58.227	15,3
9	Chmelnyzkyj	Chmelnyzkyj	236.938	253.994	262.788	10,9
10	Tschortkiw	Ternopil	26.681	29.057	29.249	9,6
11	Riwne	Riwne	227.925	248.813	249.840	9,6
12	Jushnoukrajinsk	Mykolajiw	36.684	38.206	40.206	9,6
13	Kiew	Kiew	2.587.945	2.611.327	2.799.199	8,2
14	Obuchiw	Kiew	30.177	32.776	32.615	8,1
15	Nadwirna	Iwano-Frankiwnsk	20.299	20.932	21.930	8,0
16	Illitschiwsk	Odessa	54.838	54.151	59.229	8,0
17	Irpın	Kiew	38.710	40.593	41.533	7,3
18	Luzk	Wolyn	197.724	208.816	211.783	7,1
19	Bila Zerkwa	Kiew	196.878	200.131	209.396	6,4
20	Ternopil	Ternopil	204.845	227.755	217.446	6,2
21	Bucha	Kiew	26.115	28.533	27.460	5,2
22	Starokostjantyniw	Chmelnyzkyj	33.204	35.206	34.875	5,0
23	Iwano-Frankiwnsk	Iwano-Frankiwnsk	214.021	218.359	224.585	4,9
24	Perschotrawensk	Dnipropetrowsk	28.068	29.140	29.104	3,7
25	Bachtschysaraj	AR Krim	25.363	27.549	26.215	3,4

Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis der Daten des Staatlichen Komitees der Ukraine für Statistik (verschiedene Jahre); Tschyselnist najawnoho naselelnja Ukrainy, Kiew: Staatliches Komitee der Ukraine für technische Regulierung und Verbraucherpolitik.

Tabelle 4: Die größten Städte der Ukraine: Gesamtbevölkerung 1980, 1990, 2000 und 2011; Veränderung 1990–2011 in Prozent sowie aktueller Entwicklungspfad

		1980	1990	2000	2011	Veränderung 1990–2011 (%)	Ak- tueller Trend
1	Kiew	2.192.000	2.616.000	2.611.327	2.799.199	7,0	↑
2	Charkiw	1.464.000	1.618.000	1.470.902	1.446.500	-10,6	↓
3	Odessa	1.057.000	1.106.000	1.029.049	1.009.145	-8,8	↑
4	Dnipropetrowsk	1.083.000	1.187.000	1.065.008	1.004.853	-15,3	↓
5	Donezk	1.032.000	1.117.000	1.016.194	962.049	-13,9	↓
6	Saporishshja	799.000	891.000	815.256	776.535	-12,8	↓
7	Lwiw	676.000	798.000	732.818	732.009	-8,3	↓
8	Krywyj Rih	713.862	751.103	707.966	665.080	-11,5	↓
9	Mykolajiw	449.000	508.000	514.136	498.748	-1,8	↓
10	Mariupol	507.000	520.000	492.176	466.665	-10,3	↓
11	Luhansk	469.000	501.000	463.097	431.109	-14,0	↓
12	Winnyzja	323.000	379.000	356.665	369.490	-2,5	↑
13	Makijiwka	439.000	427.000	389.589	358.156	-16,1	↓
14	Sewastopol	308.000	361.000	342.451	340.297	-5,7	↓
15	Simferopol	307.000	349.000	343.644	336.330	-3,6	↓
16	Cherson	324.000	361.000	328.360	302.528	-16,2	↓
17	Poltawa	282.000	317.000	317.998	298.871	-5,7	↓
18	Tschernihiw	245.000	301.000	304.994	296.896	-1,4	↓
19	Tscherkasy	234.000	297.000	295.414	286.987	-3,4	↓
20	Shytomyr	250.000	296.000	284.236	271.755	-8,2	↓
21	Sumy	233.000	296.000	293.141	271.016	-8,4	↓
22	Chmelnyzkyj	179.000	241.000	253.994	262.788	9,0	↑
23	Horliwka	337.000	338.000	292.250	261.052	-22,8	↓
24	Tscherniwzi	221.000	257.000	240.621	253.843	-1,2	↑
25	Riwne	185.000	233.000	248.813	249.840	7,2	↑
26	Dniprodshershynsk	253.000	284.000	255.841	243.199	-14,4	↓
27	Kirowohrad	242.000	274.000	254.103	235.490	-14,1	↓
28	Krementschuk	212.000	238.000	234.073	226.976	-4,6	↓
29	Iwano-Frankiwsk	159.000	220.000	218.359	224.585	2,1	↑
30	Ternopil	149.000	212.000	227.755	217.446	2,6	↓
31	Luzk	146.000	204.000	208.816	211.783	3,8	↑
32	Bila Zerkwa	157.000	199.000	200.131	209.396	5,2	↑
	Ukraine	49.953.000	51.838.500	48.457.102	45.778.534	-11,7	↓

Beachte: Die Trends basieren auf der Bevölkerungsentwicklung von 2005-2011.

Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis der Daten des Staatlichen Komitees der Ukraine für Statistik (verschiedene Jahre); Tschylnist najawnoho naselennja Ukrainy, Kiew: Staatliches Komitee der Ukraine für technische Regulierung und Verbraucherpolitik.

Die Entstehung des ukrainophonen parteiförmigen Rechtsextremismus in der Ukraine der 1990er

Von Anton Shekhovtsov, Northampton / Andreas Umland, Kiew

Einleitung

Ukrainischer Rechtsradikalismus war nach der Unabhängigkeitserklärung von 1991 ein weitgehend marginales politisches Phänomen in der Ukraine. Seit 2004 hat die sogenannte Allukrainische Vereinigung »Svoboda« (Freiheit) jedoch eine Entwicklung durchlaufen, die eine signifikante Präsenz von Ultranationalisten im nächsten ukrainischen Parlament möglich erscheinen lässt. Vor diesem Hintergrund behandelt der Beitrag die Vorgeschichte des Aufstiegs der Freiheitspartei und stellt die rechtsradikalen ukrainophonen Gruppierungen der 1990er Jahre vor. Dabei wird hier nicht auf die ebenfalls existenten radikalen russophonen Gruppierungen, wie etwa die Progressiv-Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU), eingegangen.

Die Ukrainische Nationalversammlung

In der UdSSR der Nachkriegszeit wurde ukrainischer Nationalismus – wie auch andere nichtrussische Nationalismen – von den Staatsorganen unnachgiebig verfolgt. Erst in der Periode der Perestrojka ab Mitte der 1980er wurde der sowjetische Staatsapparat weniger repressiv. Das führte dazu, dass bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion in einigen nichtrussischen Republiken – wie auch zuvor in der RSFSR – erste offen rechtsextreme Organisationen auftauchten. So wurde 1990 in Lwiw die Vorgängerorganisation einer der wichtigsten postsowjetischen ultranationalistischen Parteien, der Ukrainische Nationalversammlung (UNA), gegründet. Die UNA wurde zunächst von Dmytro Kortschynsky und Jurij Schuchewytsch geleitet. Letzterer ist der Sohn des legendären Anführers der Ukrainischen Aufstandsarmee UPA sowie Schuma-Hauptsturmführers Roman Schuchewytsch. 1991 zog die UNA erstmals Aufsehen auf sich, als sie einen Fackelzug durch die Straßen von Lwiw organisierte.

Während des Augustputsches 1991 beschloss die UNA, einen militärischen Flügel der Partei – die Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (UNSO) – zu gründen, um sich dem damaligen Restaurationsversuch der Sowjetnomenklatura in Moskau zu widersetzen. Den UNSO-Formierungen gehörten Mitglieder der UNA an, die im Dienst der sowjetischen Armee gestanden hatten. Ihrer ursprünglichen Funktion musste die UNSO allerdings nicht nachkommen, da der Putsch von russischen prodemokratischen Kräften in Moskau niedergeschlagen wurde. Stattdessen fand die paramilitärische Formation andere Aktionsfelder: Von 1992 bis 1994 nahmen Mitglieder der UNA-UNSO an militärischen Konflikten in Transnistrien (auf transnistrischer Seite im Kampf gegen die Moldauer Zentralregierung), in Georgien (auf georgischer Seite im Kampf gegen abchasische Separatisten) und Tschetschenien (auf Seite der tschetschenischen Separatisten im Kampf gegen russische föderalen Truppen) teil.

In der Ukraine selbst wurde die UNA-UNSO vor allem zu einem Medienphänomen – nicht zuletzt dank ihrer provokativen Aktionen gegen verschiedene linke oder prorussische Kräfte, aber auch wegen ihrer häufigen Zusammenstöße mit der Polizei. Sie hatte einige Anhänger in der Westukraine, etwa in Galizien. Auf nationaler politischer Bühne hatte die UNA aber weniger Erfolg. Bei den Wahlen 1994 brachte die Partei nur einen Vertreter per Direktmandat ins nationale Parlament, die Werchowna Rada (Oberster Rat). Darüber hinaus wurde der Partei 1995 wegen ihres aggressiven Verhaltens die offizielle Registrierung entzogen. Erst 1997 wurde der UNA erneut der Status einer offiziell registrierten politischen Partei gewährt.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1998 war eine Reihe besonders radikaler Politiker aus der Parteiführung der UNA ausgeschieden, darunter auch der heute prominente TV-Kommentator Dmytro Kortschynsky. Die teilweise »Säuberung« der Partei hatte jedoch keinen Imagegewinn unter ukrainischen Wählern zur Folge, wie die Parlamentswahlen von 1998 zeigten. Bei diesen Wahlen wurde die Hälfte der Abgeordneten erstmals nach dem Verhältniswahlrecht mit einer 4%-Hürde gewählt, die andere Hälfte nach dem Mehrheitswahlrecht. Die UNA scheiterte mit einem Ergebnis von 0,39 % der landesweit abgegebenen Stimmen an der Eingangsbarriere und brachte auch keinen Abgeordneten per Direktmandat ins Parlament (vgl. Tabelle 1).

Der Kongress Ukrainischer Nationalisten und Nationale Front

Die zweite bedeutende rechte Partei, die in den frühen 1990er Jahren entstand, war der Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN). Der KUN war eine direkte Nachfolgeorganisation des berühmt-berüchtigten Bandera-Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B), die nach der Spaltung der OUN in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel ab 1940 von

dem legendären Nationalisten Stepan Bandera geführt wurde. Eine direkte Kontinuität der OUN-B mit dem KUN wurde durch die aus dem Exil in die Ukraine zurückgekehrte OUN-B-Veteranin Jaroslawa Stezko hergestellt. Die inzwischen verstorbene Stezko war Witwe von Jaroslaw Stezko, einst prominenter Führer der OUN-B und der UPA. Bei den 1994er Parlamentswahlen nach Mehrheitswahlrecht wurden fünf KUN-Mitglieder in die Werchowna Rada gewählt. In Folge der Nachwahl in einem Wahlbezirk wurde 1997 auch Jaroslawa Stezko Abgeordnete des ukrainischen Parlaments. (An den Wahlen 1994 hatte Stezko nicht teilnehmen können, da sie damals noch keinen regulären ukrainischen Pass besaß.)

Das relativ hohe Alter vieler Führer des KUN war und ist ein Problem der Organisation. Der Partei gelang in den letzten zwei Jahrzehnten weder eine ideologische noch eine organisatorische Modernisierung, welche vor dem Hintergrund der zunehmenden Wandlung der postsowjetischen ukrainischen Gesellschaft immer dringender wurde. Im Jahr 1998 – mit Einführung einer teilweisen Stimmabgabe nach Parteilisten bei Wahlen zum Parlament – wagte die Partei keine eigenständige Teilnahme nach dem Verhältniswahlrecht. Vor der Wahl wurde stattdessen der Block Nationale Front gegründet, zu dem der KUN sowie die Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP) unter der Leitung von Stepan Chmara und die Ukrainische Republikanische Partei (URP) unter Führung von Bohdan Jaroschynskij gehörten. Allerdings scheiterte auch dieser Parteienblock mit einem Ergebnis von 2,71 % an der damaligen 4 %-Hürde und zog damit nicht ins Parlament ein. Die größte Unterstützung erhielt die Nationale Front 1998 in den galizischen Gebieten Iwano-Frankiwsk (23,75 %), Ternopil (20,86 %) und Lwiw (9,72 %), während in der südöstlichen Ukraine die Wahlergebnisse des Blocks unter 1 % lagen (vgl. Tabelle 2). Dieses wahlgeographische Muster der Unterstützung ukrainophoner Ultranationalisten sollte sich bei späteren landesweiten Abstimmungen wiederholen. Es gelang dem KUN immerhin, drei Abgeordnete per Direktmandat ins Parlament zu bringen – darunter auch wieder Jaroslawa Stezko, die als Alterspräsidentin der dritten Werchowna Rada der unabhängigen Ukraine die erste Sitzung des neuen Parlaments 1998 eröffnete.

Die Sozial-Nationale Partei der Ukraine

Eine weitere ursprünglich marginale, aber – wie sich später herausstellte – wichtige ukrainische rechtsradikale Gruppierung der 1990er Jahre war die Vorgängerorganisation der unten beschriebenen Allukrainischen Vereinigung »Swoboda« (Freiheit) – die Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU), welche den offiziellen Sta-

tus einer registrierten politischen Partei 1995 erlangte. Die SNPU war 1991 in Lwiw von Jaroslaw Andruschkiw, Andrij Parubij und Oleh Tjahnybok gegründet worden, wobei die beiden letztgenannten, zunächst wenig bekannten Politiker in den vergangenen Jahren zu prominenten öffentlichen Figuren der Ukraine avancierten. 1993 wurde die Organisation bekannt durch ihre Ankündigung einer Bildung von »Volkskameradschaften«, deren Mitglieder, in schwarze Uniformen gekleidet, Krawalle vor dem Parlament inszenierten.

Anzumerken ist, dass von den hier vorgestellten ukrainischen nationalistischen Parteien die SNPU sich am wenigsten bemühte, bestimmte neofaschistische Aspekte ihrer Ideologie zu verbergen. Die offizielle Bezeichnung der Partei-Ideologie – »Sozial-Nationalismus« – wird von vielen Interpreten als Anspielung auf den Nationalsozialismus, also die Ideologie der NSDAP, verstanden. Das offizielle Symbol der SNPU war eine modifizierte Wolfsangel, wie sie u. a. von der SS-Division »Das Reich« während des Zweiten Weltkriegs sowie von einer Reihe europäischer neofaschistischer Organisationen nach 1945 verwendet wurde bzw. wird. In den Leitlinien der SNPU wurde die spiegelbildliche Wolfsangel im damaligen Parteiwappen als Kombinationen der Buchstaben »I« und »N« gedeutet und zur Abkürzung der Phrase »Idee der Nation« erklärt. Einer der jüngeren Führer der SNPU-Nachfolgepartei »Freiheit« in Lwiw Jurij Michaltschyschyn verwendet den Live-Journal- und Email-Namen nachtigal88 (nur ein »L«). Diese Formel spielt nicht nur auf das sogenannte Bataillon Ukrainische Gruppe Nachtigall der Wehrmacht von 1941, sondern auch auf den rechtsextremen Geheimcode »88« an – also den achten Buchstaben des Alphabets, d. h. »HH« für »Heil Hitler!«

Das politische Programm der SNPU zeichnete sich durch seinen offen revolutionären Ultranationalismus aus. Es forderte eine Machtübernahme, falls nötig, mit Gewalt, und sah den russischen Staat als Grund für – so wörtlich im Parteiprogramm – »alle Leiden in der Ukraine«. Darüber hinaus war die SNPU eine Partei, die Neonazi-Skinheads und Hooligans für sich zu gewinnen begann. In der breiten Öffentlichkeit blieb die Unterstützung für die Partei in den 1990er Jahren dagegen gering.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1998 schloss sich die SNPU mit der Allukrainischen Politischen Vereinigung »Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine« (SUU) zum rechtsextremen Wählerblock »Weniger Worte« zusammen. Dieser Block erhielt bei der 1998er Wahl zur Werchowna Rada allerdings nur 0,16 % der Stimmen, wobei der Stimmanteil in keinem Wahlkreis höher als 1 % lag. Trotz des Scheiterns des Blocks auf nationaler Ebene wurde einer der Gründer der SNPU,

der spätere Parteichef Oleh Tjahnibok, in Lwiw per Direktmandat ins Parlament gewählt. Dieser damals wenig beachtete Erfolg der SNP erwies sich als schicksalhaft. War es doch Tjahnibok, der im neuen Jahrhun-

dert die nunmehr als Allukrainische Union »Freiheit« auftretende Partei zu bislang ungekannten Wahlerfolgen für die Rechtsextremisten führte.

Übersetzung aus dem Russischen von Michael Fiedler

Anmerkung:

Ausführlichere, frühere Versionen dieses Textes erschienen zuvor in Russisch in der Kasaner Fachzeitschrift »Ab Imperio« (Nr. 2, 2010) sowie in Ukrainisch in dem Kiewer Periodikum »Polityčna krytyka« (Nr. 2, 2011). Wir sprechen hier von »ukrainophonem« Rechtsradikalismus, da es daneben auch noch einen russophonen bzw. panslawistischen Rechtsradikalismus in der Ukraine gibt. Die Quellen, Entwicklungsdynamik und Ideologie des ukrainischen prorussischen Ultranationalismus unterscheiden sich prinzipiell von den hier untersuchten Organisationen, weshalb wir ihn in diesem Beitrag ignorieren.

Über die Autoren:

Dr. Anton Shekhovtsov ist Kreisau-Fellow des George Bell-Instituts, Mitglied der Radicalism and the New Media-Forschungsgruppe der Universität Northampton, England, und Herausgeber der *ibidem*-Buchreihe »Explorations of the Far Right«.

Dr. Andreas Umland ist DAAD-Fachlektor für Politikwissenschaft an der Kiewer Mohyla-Akademie, Ukraine, Mitglied des Valdai Discussion Club sowie ZIMOS Eichstätt und Herausgeber der *ibidem*-Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society«.

Lesetipps:

- Karel C. Berkhoff, Marco Carynnyk: The Organization of Ukrainian Nationalists and Its Attitude toward Germans and Jews. Iaroslav Stets'ko's 1941 *Zhyttiepys*, in: Harvard Ukrainian Studies, Bd. 23, Nr. 3–4, 1999, S. 149–184.
- Per Anders Rudling: Organized Anti-Semitism in Contemporary Ukraine. Structure, Influence and Ideology, in: Canadian-Slavonic Papers, Bd. 48, Nr. 1–2, 2006, S. 81–119.
- Anton Shekhovtsov: The Creeping Resurgence of the Ukrainian Radical Right? The Case of the Freedom Party, in: Europe-Asia Studies, Bd. 63, Nr. 2, 2011, S. 203–228.
- Anton Shekhovtsov: From Para-Militarism to Radical Right-Wing Populism. The Rise of the Ukrainian Far-Right Party Svoboda, in: Ruth Wodak, Brigitte Mral, Majid Khosravinik, Hrsg.: Right-Wing Populism Across Europe. Re/Emergence and Transformation of European Right-Wing Politics and Discourses. London, 2012, im Druck.
- Anton Shekhovtsov und Andreas Umland: Der verspätete Aufstieg des ukrainophonen Rechtsradikalismus in der postsowjetischen Ukraine 2002–2012, in: Ost-West. Europäische Perspektiven, 2012, im Druck.
- Andreas Umland: Das ukrainische Parteienspektrum vor dem Wandel? Zum Aufstieg der rechtsradikalen Freiheits-Partei, in: Ukraine-Analysen, Nr. 81, 2010, S. 8–12.
- Andreas Umland: Ukraine's Party System in Transition? The Rise of the Radically Right-Wing All-Ukrainian Association »Svoboda«, in: Geopolitika, 5.1.2011, <http://www.geopolitika.lt/?artc=4429>.

Tabelle 1: Ergebnisse für die Partei Ukrainische Nationalversammlung bei der Parlamentswahl 1998

Stadt Sewastopol	0,08 %
Autonome Republik Krim	0,09 %
Luhansk	0,10 %
Saporishshja	0,11 %
Dnipropetrowsk	0,12 %
Donezk	0,12 %
Kirowohrad	0,15 %
Mykolajiw	0,15 %
Tschernihiw	0,16 %
Odessa	0,17 %
Cherson	0,18 %
Shtomyr	0,26 %
Chmelnyzkj	0,29 %
Sumy	0,29 %
Charkiw	0,30 %
Winnyzja	0,32 %
Transkarpatien	0,33 %
Tscherniwzi	0,34 %
Poltawa	0,39 %
Wolynien	0,41 %
Kiewer Region	0,44 %
Tscherkasy	0,49 %
Iwano-Frankiwsk	0,80 %
Lwiw	0,94 %
Stadt Kiew	0,98 %
Ternopil	1,18 %
Riwne	2,05 %
gesamt	0,39 %

Quelle: Staatliche Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/pls/vd2002/webproc0v?kodvib=1&rejim=0>

Tabelle 2: Ergebnisse für den Block Nationale Front bei der Parlamentswahl 1998

Autonome Republik Krim	0,16 %
Luhansk	0,18 %
Donezk	0,29 %
Mykolajiw	0,30 %
Saporishshja	0,34 %
Charkiw	0,38 %
Stadt Sewastopol	0,38 %
Kirowohrad	0,39 %
Poltawa	0,41 %
Odessa	0,46 %
Dnipropetrowsk	0,53 %
Sumy	0,56 %
Cherson	0,60 %
Tschernihiw	0,62 %
Shtomyr	0,73 %
Tscherkasy	0,74 %
Winnyzja	0,87 %
Kiewer Region	1,45 %
Chmelnyzkyj	1,47 %
Riwne	2,56 %
Stadt Kiew	2,63 %
Transkarpatien	2,92 %
Tscherniwzi	3,58 %
Wolynien	3,76 %
Lwiw	9,72 %
Ternopil	20,86 %
Iwano-Frankiwnsk	23,75 %
<i>gesamt</i>	<i>2,71 %</i>

Quelle: Staatliche Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/pls/vd2002/webproc0v?kodvib=1&rejim=0>

Vom 23. Mai bis 11. Juni 2012

23.5.2012	Das Parlament votiert gegen die Abstimmung über eine Gesetzesänderung, die die Behandlung Julija Tymoschenkos im Ausland ermöglichen würde. Präsident Wiktor Janukowytsch spricht sich tags darauf für ihre Behandlung im Ausland aus.
24.5.2012	Walentyn Naliwajtschenko legt sein Amt als Vorsitzender des politischen Rates der Partei Unsere Ukraine aus Protest gegen die verzögerte Vereinigung der Opposition nieder.
24.5.2012	Eine Parlamentsdebatte zur staatlichen Sprachpolitik endet mit einer Schlägerei unter den Abgeordneten. Die Partei der Regionen hatte vorgeschlagen, Minderheitensprachen (dazu zählen 15 Sprachen) in den meisten Lebensbereichen anwenden zu dürfen. Die Opposition befürchtet, dass Russisch damit quasi zur zweiten Amtssprache werde. Am Folgetag bezeichnet Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn den Parlamentarismus in der Ukraine als vollständig zerstört und befürwortet deshalb vorgezogene Wahlen. Die Opposition blockiert die Rednertribüne und vor dem Parlament wird für und gegen die Annahme des Gesetzes demonstriert.
24.5.2012	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der u. a. die Freilassung aller aus politischen Gründen Inhaftierten sowie freie und faire Wahlen gefordert werden.
27.5.2012	In Lwiw begehen ca. 1.500 Menschen den Tag der Helden und fordern die Verleihung des Heldentitels an den Nationalistenführer Stepan Bandera und den Oberbefehlshaber der Ukrainischen Aufstandarmee Roman Schuchewytsch sowie die Anerkennung der UPA-Kämpfer als Kriegsteilnehmer.
30.5.2012	Der Leiter der Informationsabteilung des Außenministeriums Oleh Woloschyn fordert britische Medien auf, sich für ihre Meldungen über Rassismus in der Ukraine zu entschuldigen. Insbesondere ein Bericht der BBC sei als Diskreditierung des Landes einzustufen und außerdem seien die britischen Fans die aggressivsten in ganz Europa.
30.5.2012	Das Verfassungsgericht erklärt die gesetzliche Regelung von Januar 2012, nach der das Parlament nicht über das Recht verfügt, Gesetzesvorschläge zur Revision internationaler Verträge einzubringen, für verfassungswidrig. Nun könnte das Parlament die Charkiwer Verträge zur Diskussion stellen.
31.5.2012	Frankreichs Sportministerin Valérie Fourneyron erklärt, dass kein Mitglied der französischen Regierung an den Spielen der EURO-2012 in der Ukraine teilnehmen wird. Grund dafür sei die Nicht-Wahrung der europäischen Werte und die Situation um die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko.
2.6.2012	Am Tag vor Ablauf seiner Amtszeit reicht der Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowezkij seinen Rücktritt ein. Über den Termin für die nächsten Wahlen wird noch diskutiert.
5.6.2012	Das Parlament nimmt in erster Lesung mit 234 Stimmen das von der Partei der Regionen eingebrachte Sprachgesetz an. Es stärkt die Minderheitensprachen in den Regionen, in denen diese mehr als 10% ausmachen. Umstritten ist das Gesetz wegen der Stellung des Russischen. Die Opposition sieht darin die Erhebung des Russischen zur zweiten Amtssprache. Auf der Straße protestieren ca. 5.000 Menschen.
6.6.2012	EU-Parlamentspräsident Martin Schulz teilt mit, dass mit der ukrainischen Regierung vereinbart worden sei, dass der frühere polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski und der ehemalige irische EU-Parlamentspräsident Pat Cox den Prozess gegen Julija Tymoschenko hinsichtlich der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien beobachten werden.
7.6.2012	Die Vorsitzenden von sechs oppositionellen Parteien gründen einen Rat der vereinten Opposition, der sich mit den strategischen Fragen des anstehenden Wahlkampfes auseinandersetzen soll. Zum Vorsitzenden wird Arsenij Jazenjuk von der Partei der Veränderung gewählt. Leiter des Wahlstabes wird Oleksandr Turtschynow von der Partei Vaterland.
8.6.2012	Nach einem Treffen mit Präsident Bronisław Komorowski nimmt Präsident Wiktor Janukowytsch an den Feierlichkeiten zur Eröffnung der EURO-2012 in Warschau teil.
11.6.2012	Abgeordnete der Opposition reichen Klage beim Obersten Verwaltungsgericht gegen die Annahme des neuen Sprachgesetzes in erster Lesung ein, weil viele Stimmen von Abgeordneten trotz ihrer Abwesenheit abgegeben worden seien.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de